

Zürichsee-Zeitung

Bezirk Meilen

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

Garage Johann Frei



Garage Johann Frei Wildbachstrasse 31/33 · 8008 Zürich · Tel. 044 421 50 60 · Fax 044 421 50 69

Heimweg einfach

Nach fast 50 Jahren bei den SBB ist Willi Blum pensioniert worden.

SEITE 2

Strichkampf

Die Stäfner Handballer fordern in St. Gallen St. Otmar heraus.

SEITE 13

Punkteteilung

Fabian Frei holt mit Basel bei den Young Boys ein 2:2-Remis.

SEITE 8



Manager gegen Lehrerin

KÜSNACHT. Am 11. März wird die Küsnachter Schulpflege wieder vervollständigt. Seit dem krankheitsbedingten Rücktritt eines Schulpflegers im August 2011 ist einer der elf Sitze unbesetzt. Das freie Amt ergattern möchten die Primar- und Fachlehrerin Christina Zürcher (parteilos) und der Geschäftsführer einer grösseren Retail-Firma, Stephan Salvisberg (SVP).

Es ist ein Duell mit unterschiedlichen Vorzeichen. Salvisberg war bereits in seiner früheren Wohngemeinde Bonstetten als Gemeinderat politisch tätig. Ihm fehlt jedoch jeglicher schulische Hintergrund. Bei Christina Zürcher ist es umgekehrt. Im «ZSZ»-Streitgespräch kreuzen die ungleichen Kontrahenten die Klingen. (dfr)

Seite 5

Regierungsrat stoppt Projekt für Uetiker Seeuferweg

UETIKON/MEILEN. Bei der Chemiefabrik in Uetikon hätte ein öffentlicher Steg gebaut werden sollen. Nach ersten Schätzungen hätte dieser rund sieben Millionen Franken gekostet. Dem Regierungsrat ist dies zu teuer.

FRANK SPEIDEL

Seit langem träumen die Uetiker von mehr Seeanstoss. Mit dem Bau eines Weges bei der Chemiefabrik wären sie ihrem Traum näher gekommen. Der Weg war sogar im Richtplan eingetragen: Ein rund ein Kilometer langer Steg von der Uetiker Schiffände bis zum Rotholz hätte den Seezugang

aufwerten sollen. Nun hat der Regierungsrat die Planung für den Zürichseeweg aber gestoppt, wie er in einer Mitteilung schreibt.

Nach einer ersten Kosten-schätzung hätte der 1000 Meter lange Holzsteg rund sieben Millionen Franken gekostet, sagt Anselm Schwyn, Kommunikationsbeauftragter beim Amt für Verkehr. «Damit die Pfähle sicher

stehen, müsste man sehr tief bohren», sagt Schwyn. Beim Seegrund vor der Chemischen Fabrik handle es sich nämlich um Kreidefelsen. Der Aufwand für den Bau eines Stegs wäre laut Schwyn zu gross gewesen.

Uran-Frage noch offen

Nebst der Beschaffenheit des Seegrunds seien aber auch die Altlasten im Gebiet Rotholz mit ein Grund für den Projektierungsstopp. Auf dem Areal, welches auf Meilemer Boden liegt, hat die Fabrik früher Phosphat-schlämme aus der Düngerpro-

duktion deponiert – weshalb der Boden dort heute Uran enthält. Als Erholungsgebiet für die Bevölkerung kommt das Gebiet deshalb nicht in Frage. Zuerst müssen die Altlasten saniert werden.

An der Oberfläche seien die Düngemittel-Rückstände ungefährlich, sagt Jean-Claude Hofstetter, Leiter Altlasten beim Amt für Abfall, Wasser Energie und Luft (Awel). Trotzdem müsse das Gelände abgesperrt sein. Für die Entsorgung der Altlasten verantwortlich ist die CU Chemie Uetikon AG.

Seite 3

Subventionen für Zürcher Spitäler

ZÜRICH. Spitäler und psychiatrische Kliniken im Kanton Zürich erhalten im laufenden Jahr für wichtige Leistungen, die sie im öffentlichen Interesse erbringen, rund 57 Mio. Franken. Der Regierungsrat hat Beiträge bis zu dieser Höhe als gebundene Ausgabe zugesichert. Subventioniert werden vor allem Leistungen der psychiatrischen Ambulatorien und der Tages- und Nachtkliniken, wie der Regierungsrat gestern mitteilte.

Von den rund 57 Mio. fliessen 30,8 Mio. Franken an fünf psychiatrische Kliniken. Damit werden im Wesentlichen ambulante Leistungen für Erwachsene sowie stationäre und ambulante Pflichtleistungen für Kinder finanziell unterstützt. Die restlichen rund 26 Mio. Franken kommen dem Bereich Akutomatik zugute. Hier werden Sonderleistungen des Universitätsspitals Zürich (USZ), des Kinderspitals Zürich und des Zürcher Stadtsitals Triemli subventioniert. (red/sda)

Seite 16

SEE IST NICHT ZU SAUBER

Im Zürich- und Walensee hat die Artenvielfalt zwischen 1950 und 1990 wegen der Zufuhr von Düngemitteln abgenommen. So ist heute eine von drei einheimischen Felchenarten verschwunden. Zu diesem Schluss kommt das Gewässerinstitut Eawag in einer Studie. Das Eawag warnt davor, die Bemühungen zur Abwasserreinigung aus fischereiwirtschaftlichen Gründen zu überdenken.

Bild: key

Seite 2



Immunität von Wulff in Gefahr

HANNOVER. In Deutschland steigt der Druck auf Bundespräsident Christian Wulff: Die Staatsanwaltschaft Hannover hat gestern Abend die Aufhebung der Immunität des Staatsoberhauptes beantragt wegen des Anfangsverdachts der Vorteilsannahme beziehungsweise Vorteils-gewährung. Wulff ist wie die Parlamentarier für die Dauer seiner Amtszeit durch die Immunität vor Strafverfolgung geschützt. Die Staatsanwaltschaft darf erst ermitteln, wenn der Bundestag den Schutz vor Strafverfolgung aufgehoben hat. (sda)

Seite 21



9 771663 391057

07

Bersets Prämiendeal ärgert Zürich

BERN. Der Kanton Zürich erhält für zu viel bezahlte Prämien nur die Hälfte zurück. Die Zürcher Gesundheitsdirektion verlangt zwingend Korrekturen.

MARCELLO ODERMATT

Auch der neue Gesundheitsminister Alain Berset bleibt dabei: Die Einwohner jener Kantone,

die zwischen 1996 und 2011 zu hohe Krankenkassenprämien bezahlt haben, erhalten nur die Hälfte wieder zurück. Der Bundesrat bestätigte an seiner letzten Sitzung den Vorschlag von Bersets Vorgänger Didier Burkhalter: In den nächsten sechs Jahren sollen die Versicherten dieser Kantone über die neuen Prämien eine Milliarde Franken zurückbekommen – von jenen Kantonen, die zu wenig bezahlt hatten. Der Kanton Zürich erhält rund 250

statt der zu viel bezahlten 500 Millionen Franken zurück.

Diener kritisiert Bund

Bereits als der Vorschlag bekannt wurde, opponierten 13 der 18 Gerberkantone. Allerdings vergeblich: Die Mehrheit der Kantone, auch jene, die Geld zurückbezahlen müssen, stimmte dem Kompromiss im Rahmen der Gesundheitsdirektorenkonferenz schon zu.

In Zürich kommt der Vorschlag schlecht an: «Das ist eine

Ungleichheit», sagt Tobias Wolf von der Zürcher Gesundheitsdirektion. «Wir erwarten, dass das Parlament den Vorschlag korrigiert und die Prämien vollumfänglich ausgleicht.» Unterstützung erhält der Kanton von Ständerätin Verena Diener (GLP). Sie beurteilt das Vorgehen des Bundes als «unschön» und «ungerecht». Man müsse einen Weg finden, damit die Kantone, die zu viel bezahlten, mehr zurückbekommen.

Seite 17

Anzeige

PFFENNINGER GARAGEN AG

Küsnacht
www.pffenninger-garage.ch



Anzeige

zahnarztzentrum.ch

